

Die frohen Botschaften der "Ampel"

gekürzt aus RF-News

"Glaubt man dem „Sondierungs-Papier" dann steht einer glänzenden Zukunft nichts im Wege: „Aufbruch, Fortschritt und Veränderung" wird versprochen. Mit vielen wohlklingenden Versprechungen, aber auch tatsächlichen Teilzugeständnissen wird versucht, die Massenbasis für die künftige Regierung zu schaffen bzw. zu stabilisieren.

Das Wichtigste in der Präambel ist, dass eine „stabile und verlässliche Regierung" so schnell wie möglich kommen soll. Genau das, was die Unternehmerverbände auch gefordert hatten. Sie sind nach der Niederlage ihres Favoriten Laschet (CDU) zunehmend auf eine künftige Ampel-Regierung umgestiegen. Und wenn man das Papier einmal durchzugehen beginnt, dann sieht man, dass ihre zentralen Forderungen darin auch umgesetzt werden.

Vollmundig wird verkündet, dass man angeblich Steuern „nicht erhöhen" werde. Die Massensteuern sollen aber auch nicht gesenkt werden, sondern vor allem keine sogenannte „Substanzsteuer" eingeführt werden. Dahinter verbirgt sich die Vermögenssteuer für Superreiche und Monopole, wie sie die Grünen versprochen hatten. Eingeführt werden sollen stattdessen „Superabschreibungen" für Digitalisierung und angebliche Klimamaßnahmen. Das ist nichts anderes als eine indirekte Turbo-Subventionierung der Monopolprofite! Die Maximalprofit bringenden Investitionen der Monopole sollen ausdrücklich durch öffentlich finanzierte Programme angeschoben werden, ganz so wie es der Unternehmerverband BDI gefordert hatte.

Strikter soll Kurs genommen werden „auf den 1,5%-Pfad" der Erderwärmung. Das sind die Ergebnisse des Pariser Klimagipfels, aber sie sind erstens jetzt in Deutschland schon überschritten und zweitens völlig unzureichend, um den Übergang in die globale Umweltkatastrophe aufzuhalten. Versprochen wird auch, dass beschleunigt aus der Kohleverstromung ausgestiegen wird. Aber: angepriesen wird als Alternative neben erneuerbaren Energien „die Errichtung moderner Gaskraftwerke", womit die Klimaschädigung festgeschrieben wird.

Der Mindestlohn soll erhöht werden, aber nur einmalig auf zwölf Euro, um dann wieder die unzureichenden Erhöhungen im laufenden System fortzuführen. Hartz IV wird angeblich abgeschafft, im Kern aber zum Bürgergeld umbenannt, denn ausdrücklich sollen die verniedlichend als „Mitwirkungspflichten" bezeichneten Sanktionsmöglichkeiten weiter gelten.

In dem ganzen Papier kein seriöses Wort, wie das alles finanziert werden soll. Dass wir in einer anhaltenden Weltwirtschafts- und Finanzkrise leben, die Corona-Pandemie nicht überwunden ist - kein Wort dazu. Auch dass die Staatshaushalte in Riesendimension aufgebläht worden sind, wird einfach wegretuschiert..."

Wir haben also allen Grund, uns keine Hoffnungen in die neue Regierung zu machen. "Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!"

VIDEOTIPP



Gabi Fechtner, die Parteivorsitzende der MLPD zum Wahlausgang in RF-NEWS.

Stefan Engel
DIE KRISE DER BÜRGERLICHEN IDEOLOGIE UND DES ANTIKOMMUNISMUS
220 Seiten, 16 €

Ein HANDBUCH und ein GESCHICHTSBUCH zur weltanschaulichen Auseinandersetzung mit der Ideologie der Herrschenden.

Erhältlich im Buchhandel oder bei: www.neuerweg.de





Kommt zum UMWELTAKTIONSTAG!
Samstag, 6.November

Aus Anlass der Weltklimakonferenz in Glasgow macht die MLPD Esslingen mit anderen Gruppen zusammen einen Aktionsstand in der City.

Uhrzeit und Ort in Kürze auf der Tacheles-Webseite!

Member of ICOR

www.mlpd.de

MLPD
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands

KONTAKT und presserechtl. verantwortlich: Dorothea Jauernig, Turmstr.2, 73738 Esslingen, Tel. 0711 350293

MLPD Esslingen
2-21 | 25.Oktober 2021
TACHELES

FÜR den vollen Erhalt des Sportplatzes VfL-Post!

GEGEN eine Stadtpolitik auf Kosten der Umwelt und des Breitensports!

Die Stadtspitze will endlich Ruhe reinkriegen. Denn selten gab es in Esslingen so einen hartnäckigen Widerstand wie gegen die Zerstörung des Sportplatzes. Mit 4 Demonstrationen, 2000 Unterschriften, Versammlungen, 50 Eingebungen an die Stadt, Leserbriefen und Plakataktionen wehren sich die Pliensauvorstädter seit 2016 gegen diesen Frevel am Breitensport und an der Umwelt. **So ein Widerstand soll keine Schule machen.** Das neueste Manöver der Stadt: Sie will die Gaststätte und die Umkleideräume wegen "Sicherheitsmängeln" dicht machen, um Fakten zu schaffen. Damit kann dann schön begründet werden, dass bis zum Baubeginn keine Zwischennutzung durch Sportvereine möglich wäre. Die vorbildliche Jugendarbeit der Fußballabteilung des SV 1845 für das umliegende Wohngebiet gibt es dann nicht mehr.

Die Stadtspitze lockt mit Wohnungsbau: 140 Wohnungen sollen auf dem Gelände entstehen. Aber kein Wort von der Stadt, wie hoch die Mieten sein sollen. Eigentlich werden die Wohnungen auch gar nicht mehr im Stadtteil gebraucht. Denn inzwischen sind ja noch zwei weitere Wohnungsbauprojekte auf dem Nürk-Areal und Roser-Areal mit über 200 Wohnungen geplant. Die Kinder, die dort wohnen sollen, brauchen den Sportplatz ja auch für den Sportunterricht.

Wir wollen auch nicht das "kleinere Übel" - Bebauung der Sportstätte im Tausch mit vagen Versprechungen auf Wohnungen. Wir wollen überhaupt kein Übel! Denn die Stadt hätte genug Möglichkeiten, preiswerten Wohnraum zu schaffen, wenn sie es wollte.



Die Auseinandersetzung um den Sportplatz treibt auf einen Höhepunkt zu. Wir brauchen den Sportplatz als grüne Oase, als Sportstätte und Treffpunkt für Jung und Alt. **Aber es geht dabei nicht nur um die Pliensauvorstadt und um den Fußball! Denn die Umweltsituation im ganzen Esslinger Stadtgebiet steht auf der Kippe. Es geht darum, gegen eine gesamte Stadtpolitik aufzustehen, die den Schutz unserer natürlichen Umwelt den Profitinteressen der "Investoren" opfert.** Eine Politik, die mit dem Flächennutzungsplan 2030 fortwährend Frischluftschneisen, Sickerflächen und Kaltluftentstehungsgebiete in "Betongold" verwandelt und den Breitensport für die Jugendlichen und Kinder erschwert. Eine Politik, wo der Staat als Dienstleister für die Monopolkonzerne agiert - bis runter auf die kommunale Ebene!

Dieser Widerstand muss gesellschaftsverändernd sein - denn nur die Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft geht dem Übel an die Wurzel. Unterstützt die sozialistische Alternative MLPD - macht mit in der Wohngebietsgruppe Pliensauvorstadt der MLPD!

Die "Initiative für den 100%-Erhalt des Sportplatzes VfL Post" plant eine DEMONSTRATION am Samstag, den 20.11. und will dazu in der ganzen Stadt aufrufen.

Sobald Genaueres bekannt wird, werden wir es auf unserer Internetseite veröffentlichen.

Ein durchsichtiges Manöver



Der Stadtspitze fällt jetzt auf einmal ein: sofort müssten vor allem wegen dem Brandschutz 180.000 Euro investiert werden und das lohne sich ja nicht mehr. Deshalb solle die Gaststätte sofort geschlossen werden. Aber warum wurden denn Rauchmelder und Türabdichtungen nicht schon vor Jahren in Ordnung gebracht, wenn es denn so gefährlich ist? Bebauungs-Fan Frau Kemmler gibt in der EZ zu, dass seit 2017 mit Blick auf den Abriss nichts mehr getan wurde.

Deshalb: Beseitigung der Mängel jetzt - mit der Perspektive auf den vollen Erhalt des Sportplatzes und der Gaststätte! Die ersten Sofortmaßnahmen wie neue Rauchmelder werden sicher auch keine 180.000 Euro kosten. Die Stadt als Verpächter ist für die Brandschutz-Einhaltung verantwortlich und muss zumindest einen Teil der Kosten tragen.

TACHELES - ONLINE
Die bisherigen Ausgaben herunterladen
Eigenen Kommentar abgeben
Aktuelle Beiträge und Infos lesen
www.mlpd-esslingen-tacheles.de
Instagram: #mlpdesslingen

TACHELES - Kleinzeitung der MLPD Esslingen - erscheint ca. 3-monatlich. Zuschriften sind willkommen und werden vertraulich behandelt.

EINE FRAU SIEHT ROT

Frau Kemmler ist Mitglied der CDU und immer noch die Vorsitzende des Sportvereins SV 1845. Sie will, dass der Sportplatz endlich bebaut wird**. Aber ihre Fußballer wollen was ganz anderes: sie wollen ihren Platz nämlich behalten.** Dafür haben sie zahlreich im Juni protestiert und demonstriert. Das passt Frau Kemmler aber gar nicht. Also: Wer nicht hören will, muss fühlen. So schritt Frau Kemmler zur Tat und zwar **mit dem Schweißbrenner**!

Am Freitag, den 22.Oktober ließ sie von Arbeitern der Stadt kurzerhand **die Fußballtore zuschweißen**. Und noch eine Sperrstange am Zugang anbringen. Das müsste dann ja wohl reichen! Aber die Fussballer hatten schon 14 Mannschaften der F-Jugend für ein Turnier am Samstag eingeladen. Zu blöd, dann musste eben für Samstag noch mal aufgeflext werden.

So hat die Aktion der Frau Kemmler wohl vor allem **eines zusammengeschweißt**: Die Fußballer in ihrem Protest gegen die Bebauung!

"Investorengetrieben"

Der künftige Esslinger SPD-Oberbürgermeister Mathias Klopfer hat tatsächlich etwas Richtiges gesagt. Die Baupolitik in Esslingen sei "investorengetrieben". Das stimmt: die Renditeerwartungen der Investoren bestimmen, was und wie gebaut wird. Solange Kapitalismus herrscht, ist Wohnen eine Ware, ein "Geschäftsmodell". Unter der Herrschaft der Monopole wird alles zur Ware gemacht. Die Perspektive des echten Sozialismus ist heute dringender denn je.



Herr Klopfer hat sich im Wahlkampf auch für den Erhalt einer kleineren Frischluftzone und einer Spielmöglichkeit für Kinder auf dem Sportplatz ausgesprochen. **Das ist aber völlig unzureichend**. Denn neben der Waldorfschule wird die neue Realschule ausgebaut und die Grundschule platzt schon jetzt aus allen Nähten. Wenn die Kinder nicht mehr auf das VfL-Post-Gelkände können und zum Sportunterricht bis nach Weil laufen sollen, ist die Sportstunde halb rum. Auch eine halbe Bebauung zerstört die Kaltluftzone, denn die neuen Gebäude geben die gespeicherte Wärme nachts wieder ab. Wir brauchen keine Kosmetik und keine Beruhigungspille im Interesse der "Investoren".

Die Bebauung der Frischluftschneise im Greut, der Festo-Turm, die neue Weststadt, die erneute Versiegelung des Bahnhofsvorplatzes und des ZOB-Geländes, die geplante Bebauung der Grünfläche an der Zollbergstraße: das sind nur einige Beispiele wie in Esslingen "investorengetrieben" entgegen aller Argumente und Proteste mit der Umwelt umgegangen wird. Das nächste Jahrhunderthochwasser und die nächste Hitzewelle warten schon. **Wir brauchen dringend Sofortmaßnahmen zur Renaturierung und Begrünung bisher versiegelter Flächen**. Das wird aber nicht durch noch bessere Argumente an die Adresse der Politiker oder die Wahl der Grünen durchgesetzt, sondern nur durch gemeinsamen aktiven Widerstand!



Für umweltgerechte und preisgünstige Wohnungen brauchen wir den Zusammenschluss!

Seit 2013 hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Esslingen fast halbiert auf 650. Dabei haben etwa 1/3 aller Haushalte ein Anrecht auf eine Sozialwohnung. Im Landkreis Esslingen sind die Kaltmieten selbst bei einfachen Standard in 6 Jahren um über 30% gestiegen. Der Durchschnittsmiete in Esslingen liegt jetzt bei 13,22 Euro/m²! Die inzwischen enormen Preisteigerungen besonders für Lebensmittel, Strom und Benzin verschärfen die Probleme besonders für Arbeiterhaushalte. Die neuen Bauprojekte treiben die Mietspirale noch weiter nach oben. Sie gehen in der Regel mit Betonburgen und Flächenversiegelung auf Kosten der Umwelt einher. Vorzugsweise werden in Esslingen teure Mikroappartements gebaut.

Die Mieterinitiativen der letzten Jahre in der Badstrasse in Berkheim, in Oberesslingen, in der Rechbergstrasse und auch die "Rondell-Rebellen" - sie haben gezeigt, dass man sich organisiert und aktiv wehren kann. Dieser Widerstand ist aber noch zu zersplittert. Wir brauchen einen viel größeren Zusammenschluss: im überparteilichen Personenwahlbündnis "FÜR Esslingen" und auch in der MLPD, um an die Grundursachen der Wohnungsprobleme ranzugehen!





Nicht nur wegen Corona: Kinder und Jugendliche brauchen ausreichende Sportmöglichkeiten!

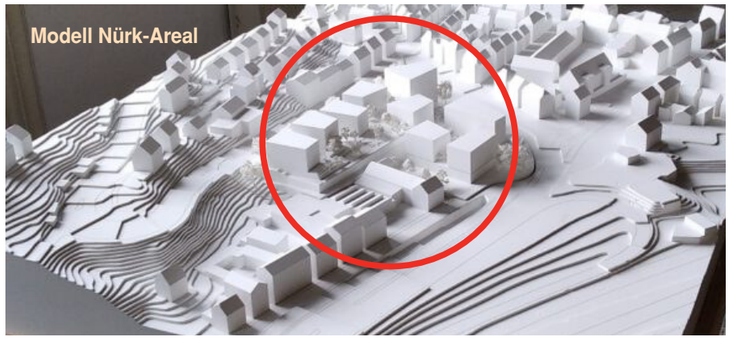
Bei der **COPSY-Studie der Uniklinik Hamburg** kam heraus, dass sich die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen während der Corona-Pandemie weiter verschlechtert hat. Zehnmal mehr Kinder als vor der Pandemie und doppelt so viele wie ein halbes Jahr vorher machten überhaupt keinen Sport mehr. Dagegen nahm der Süßigkeiten-Konsum zu und die Zeit am Handy und der Spielekonsole. Neben der so wichtigen Bewegung treffen Kinder und Jugendliche beim Sport auch ihre Freunde. Sie lernen, sich in eine Mannschaft einzuordnen und mit Konflikten, Siegen und Niederlagen umzugehen. Ein Argument mehr für den vollständigen Erhalt des Sportplatzes VfL Post!



ROTE FAHNE MAGAZIN
erscheint 14-tägig, 2,50 Euro
2 Probenummern kostenlos

ONLINE:
www.rf-news.de

Rote Fahne News



NÜRK-AREAL: "Klein-Manhattan"?

Die von Lidl dort geplante massive Betonburg wird in der Pliensauvorstadt schon "Klein-Manhattan" genannt. Dort sollen dann auf der kleinen Fläche umgeben vom wachsenden Autoverkehr außer dem Markt, Geschäften und Büros bis zu 500 Menschen wohnen. Was die versprochenen Wohnungen dann kosten sollen, ist noch nicht raus.

Das bisherige "**Wohnraumversorgungskonzept**" der Stadt Esslingen von 2014 hat das Land ausgehebelt. Das war auch reine Augenwischerei und hat nur minimal bezahlbaren Wohnraum geschaffen. Auf dem Greut zum Beispiel entstehen bestenfalls 8 Wohnungen, für welche die Stadt Belegungsrechte hat.Der "Investor" kann dabei aber auch aus seinem Bestand eine andere heruntergekommene Wohnung der Stadt anbieten. Die neu gebauten kann er dann alle zu Höchstpreisen vermieten. Nach den zahlreichen Kritiken an der Planung des Nürk-Areals wurden ein paar kleine Abstriche an der Gebäudehöhe gemacht. Der Bürgerausschuss wird noch zu den Plänen "gehört", um dem ganzen einen demokratischen Anstrich zu geben.

Der Kampf um die Arbeitsplätze bei EBERSPÄCHER zeigt: Wir brauchen ein allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht!



Foto: IG Metall Esslingen

Eberspächer gibt sich gerne als Esslinger Traditionsbetrieb. Zugleich hat die Konzernleitung keine Skrupel, die Produktion im Werk 3 von Eberspächer zum Jahresende endgültig ins polnische Olawa zu verlagern. Damit sind fast 300 Esslinger Arbeitsplätze auch für die Jugend weg.

Die Esslinger Belegschaft hat nicht klein beigegeben und sich aktiv mit Warnstreiks und Demonstrationen gewehrt. Aber gegen Arbeitsplatzvernichtung sind der Gewerkschaft rechtlich die Hände gebunden. Was viele nicht wissen: nicht nur gegen die Regierung, auch gegen Entlassungen darf in Deutschland gar nicht gestreikt werden. Das ist ausdrücklich verboten. Dieses elementare Recht brauchen wir aber, um nicht wehrlos zu sein und auch offensive Forderungen durchzusetzen. So muss jetzt angesichts der enormen Inflation der Kampf für einen Lohnnachschlag auf die Tagesordnung. Ein uneingeschränktes Streikrecht müssen wir uns nehmen und erkämpfen.